

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Antrag A 35

Antragssteller*in: OV Friedrichshain Nordost

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Kein Werben für das Sterben!

2 DIE LINKE im Senat und Abgeordnetenhaus setzt sich dafür, dass kurzfristig keine Bundeswehr-Wer-
3 bung im öffentlichen Raum und im öffentlichen Nahverkehr mehr zu sehen ist. Und bestehende Werbe-
4 verträge gekündigt werden und keinen neuen mehr abgeschlossen werden dürfen. Dies gilt insbeson-
5 dere für öffentliche Unternehmen wie der BVG.

6 Begründung:

7 Aktuell sieht man im gesamten Stadtgebiet vermehrt Werbung für die Bundeswehr. Sei es auf Straßen-
8 bahnen und Plakaten in den Haltestellen. Die Aufmachungen dieser Werbe-Kampagne ist dabei teil-
9 weise so übertrieben auffallend, dass man das Gefühl hätte, hier würde Werbung für einen neues Com-
10 puterspiel gemacht. Tatsächlich wird aber Werbung fürs Töten gemacht.

11 Berufe bei der Bundeswehr sind keine normalen Berufe, sie aber so darzustellen, vertuscht die Realität.

12 DIE LINKE stellt sich seit jeher gegen jede Form der Militarisierung und sollte auch auf Grund der Re-
13 gierungsbeteiligung in Berlin, alle Möglichkeiten ausschöpfen, diese Werbungen zu verbieten.